

Zahnersatzpauschale droht zu kippen

Die Regierung will die für das nächste Jahr bereits beschlossene Ausgliederung des Zahnersatzes aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen nun doch streichen. Auch die CDU-Spitze nahm Abstand von den Plänen für eine obligatorische Zusatzversicherung für den Zahnersatz. Da die vereinbarte einheitliche Zahnersatzpauschale in Höhe von 4,60 Euro pro Monat ab Januar 2005 nach Angaben der Krankenkassen nicht zu halten ist, sei die Geschäftsgrundlage für die Einigung mittlerweile entfallen. Die Bundesregierung arbeitet nun an einem neuen Vorschlag. Der Zahnersatz soll

künftig entweder durch einen einkommensabhängigen Beitrag finanziert werden oder die Neuregelung soll auf die nächste Legislaturperiode (nach 2006) verschoben werden. Der vom Lohn abhängige Beitrag wird nach Berechnungen von Sozialexperten voraussichtlich 0,2 % des Einkommens betragen. Auch die Ersatzkassen lehnen den Einzug der bisher noch vorgesehenen Pauschale für Zahnersatz bei Arbeitslosen und Rentnern ab. Der Einzug für diese rund 21 Millionen Personen würde zusätzliche Verwaltungskosten von jährlich 200 bis 250 Millionen Euro bringen. Dies würde auch die Pauschale

für den Zahnersatz verteuern. Der einkommensabhängige Beitrag sei dagegen sozial gerechter und weniger aufwändig. Sinnvoller sei es auch, die Finanzierung des Zahnersatzes zusammen mit einer großen Gesundheitsreform zu regeln. Bei den Zahnärzten ist der Rückzieher der Zahnersatzpauschale bereits auf heftige Kritik gestoßen, da den Leistungserbringern durch die politischen Vorgaben bereits hohe Planungs- und Personalkosten zur Umsetzung der Pauschale entstanden seien. Die Gesundheitsreform kann nur mit Zustimmung der Union geändert werden, da sie mit dieser ausgehandelt wurde.



Die Chef-Shaker.

Protest gegen Praxisgebühr fortgesetzt

Mecklenburg-Vorpommerns Zahnärzte haben von ihren Patienten mehr als 20.000 Protest-Unterschriften gegen die Praxisgebühr gesammelt, so kürzlich die Ärzte Zeitung. Unter den Praxisinhabern stößt die Gebühr im Nordosten auf breite Ablehnung. Eine Umfrage der Kassenzahnärztlichen Vereinigung ergab, dass nur rund fünf Prozent der Zahnärzte die Gebühr akzeptieren. In 35 Prozent der Behandlungsfälle soll es laut Umfrage wegen der Praxisgebühr zu längeren Wartezeiten gekommen sein. Die Patientenzahl in den Zahnarztpraxen hat im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18 Prozent abgenommen.

Rund ein Drittel der Patienten konnte oder wollte die zehn Euro nicht zahlen. Mecklenburg-Vorpommerns Gesundheitsministerin Dr. Marianne Linke (PDS), die die Unterschriftenliste in Empfang nahm, sieht sich in ihrer ablehnenden Haltung zur Praxisgebühr bestätigt.

Sie fürchtet als Folge der Gebühr eine Verschlechterung der Zahngesundheit. „Die Praxisgebühr könnte mehr Kosten verursachen als Einnahmen bringen“, sagte Linke, deren SPD/PDS-Regierung der Gesundheitsreform im Bundesrat nicht zugestimmt hatte.